

presse

Hochschulzulassung: Neue Weichenstellungen nötig

Zum öffentlichen Fachgespräch "Sachstand zur Einführung des Dialogorientierten Zulassungsverfahrens" im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung erklären die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Forschung Ulla Burchardt sowie der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

Eine Privatsierung löst die Strukturprobleme der Hochschulzulassung nicht. Vielmehr sind neben der Arbeit an technischen Problemen auch neue politische Weichenstellungen nötig.

Das heutige Fachgespräch hat deutlich gezeigt, dass die Verantwortlichen bei Bundesregierung, Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz die technische Komplexität bei der Einführung des Dialogorientierten Serviceverfahrens unterschätzt haben. Alle unsere Warnungen und Vorschläge wurden von Anfang an in den Wind geschlagen und es wurde planlos weiter agiert.

Es reicht eben nicht aus, wenn das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Geschäftsführung der Hochschulinformations GmbH HIS alleinverantwortlich macht. Zumal das BMBF und damit Frau Schavan als Aufsichtsratsvorsitzender verantwortlich für das HIS ist. Eine Privatsierung löst die Strukturprobleme der Zulassung nicht. Vielmehr sind neben der Arbeit an technischen Problemen auch neue politische Weichenstellungen nötig.

Auf absehbare Zeit werden auch weiterhin tausende Studienplätze aufgrund eines fehlenden Bewerbungsmanagements unbesetzt bleiben. Trotzdem können wir nur an die Hochschulen und die Bundesländer appellieren, sich nicht aus dem Verfahren zu verabschieden. Dies würde zu einem noch größerem Chaos führen und ginge zu Lasten des Wissenschaftsstandorts Deutschland und der jungen Menschen, die studieren wollen.

Deutlich wurde auch, dass bei den 80 Prozent der Hochschulen, deren IT-Systeme nicht mit dem zentralen System verknüpft werden können, veraltete Software zum Einsatz kommt und kurz über lang erneuert werden muss. Dies ist die Folge der langjährigen Unterfinanzierung der Hochschulen.

Des weiteren wurde deutlich, dass bei aller gewünschter Individualität der Hochschulen und Vielfalt der Studiengänge es ohne eine gewisse Standardisierung kein funktionierendes Zulassungssystem geben wird. Um die Probleme zu lösen, brauchen wir dringend und schnell bundesweit einheitliche Regelungen – notfalls auch bundesgesetzliche Regelungen.